

Eingang:

Frankfurt am Main, 25. August 2008

Zentrale Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen schaffen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt:

1. Eine zentrale städtische Auskunftsstelle für behinderten- und seniorengerechte Wohnungen im Frankfurt am Main zu schaffen.
2. In Zusammenarbeit mit dem Wohnungsamt, den kommunalen und freien Wohnungsgesellschaften und den Behindertenverbänden eine Bestandsaufnahme aller behinderten- und seniorengerechten Wohnungen in Frankfurt am Main, sowohl bei den kommunalen als auch bei den freien Wohnungsgesellschaften, zu erstellen.

Eine Bedarfsanalyse des zukünftig zu erwartenden Bedarfs an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen in Frankfurt am Main zu erstellen.

Begründung:

Für Behinderte und Ältere ist es in Frankfurt sehr schwer, eine behinderten- und seniorengerechte Wohnung zu bekommen. Das Amt für Wohnungswesen als logische erste Anlaufstelle vermittelt nur Wohnungen an Menschen innerhalb festgelegter Einkommensgrenzen, zumeist EmpfängerInnen von Sozialleistungen. Wer mit seinem Einkommen auch nur um ein paar Euro darüber liegt, wird abschlägig beschieden. Über den Gesamtbestand an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen im öffentlich geförderten und nicht-öffentlich geförderten Wohnungsbestand liegen dem Wohnungsamt offenbar keine ausreichenden Daten vor. Viele Behinderte und Ältere sind deshalb gezwungen, die verschiedenen Wohnungsgesellschaften in Frankfurt am Main oft erfolglos auf der Suche nach einer behindertengerechten und barrierefreien Wohnung abzufragen oder sich auf eine Warteliste setzen zu lassen.

Es ist unglaublich, dass sich in Frankfurt schwer kranke und alte Menschen von einer Stelle zur anderen Stelle bemühen müssen, um eine behindertengerechte Wohnung zu erhalten. Dieser Zustand ist unhaltbar und einer selbsternannten „Metropole“ unwürdig, die seit Jahren die Deklaration von Barcelona unterschrieben und sich der Barrierefreiheit verpflichtet hat.

Die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle, die Auskunft über behinderten- und seniorengerechten Wohnungen erteilt, ist daher dringend geboten. Dazu ist eine Bestandsaufnahme aller in Frankfurt verfügbaren behinderten- und seniorengerechten Wohnungen zu erstellen. Ebenso ist der zukünftige Bedarf an behinderten- und seniorengerechten Wohnungen zu ermitteln.

DIE LINKE Fraktion im Römer
Lothar Reininger
Fraktionsvorsitzender

Antragsteller:
Stv. Hans-Joachim Viehl
Stv. Zehra Ayyildiz
Stv. Carmen Thiele